

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktion: Auer-Tageblatt, Erzgebirge, Auer, Nr. 175.
Verleger: Auer-Tageblatt, Erzgebirge, Auer, Nr. 175.

Redaktion: Auer-Tageblatt, Erzgebirge, Auer, Nr. 175.
Verleger: Auer-Tageblatt, Erzgebirge, Auer, Nr. 175.

Erzgebirge, Auer, Nr. 175. Donnerstag, den 30. Juli 1925. 20. Jahrgang.

Nr. 175

Donnerstag, den 30. Juli 1925

20. Jahrgang

Der Barmathestandal.

Deutschnationale Politik. — Der Assessor mit der Segeljacht. — Der geheimnisvolle Einbruch.

Die Berliner Kriminalpolizei nahm gestern morgen verschiedene Hausdurchsuchungen vor, und zwar in einem pressenpolitischen Büro in der Bülowstraße, das die Quellen zahlreicher aufsehenerregender Informationen in der Barmat- und Kautzkerangelegenheit gebildet hat, ferner bei Angestellten dieses Büros, sowie schließlich bei zwei höheren Justizbeamten, die mit der Bearbeitung jener Sache beschäftigt waren. Das polizeiliche Vorgehen gründet sich insbesondere auf den Verdacht der unbedingten Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke eines schwebenden Strafprozesses. Die von der Durchsuchung betroffenen Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit zugewiesen werden die Vorgänge der Untersuchung gegen Barmat und Kautzker von der deutschnationalen Presse in einer geradezu skandalösen Weise parteipolitisch ausgedeutet, und es erregte Aufsehen, daß einzelne rechtsstehende Organe in der Lage waren, Informationen zu veröffentlichen, die eine Kenntnis des Inhalts amtlicher Vertrieben. So wurde unter anderem der Beschluß des Kammergerichts, der über den Haftentlassungsantrag der Brüder Barmat entschied, plötzlich in der rechtsstehenden Presse veröffentlicht. Die jetzt eingeleitete Untersuchung soll offenbar der Klarstellung dieser Vorgänge, insbesondere der Feststellung dienen, inwieweit Beamte daran beteiligt waren.

Der „Vorwärts“ machte gestern abend nähere Angaben über das Material, auf Grund dessen nach seiner Mitteilung diese Maßnahmen der Kriminalpolizei erfolgt sind. Im einzelnen führt er aus:

Bei der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin W. 9, Wernburger Straße 24 II, war unter einem früheren Oberregierungsrat Goebel ein besonderes Büro für die Bearbeitung und politische Ausschaltung der Barmat- und mit ihr zusammen genannter Angelegenheiten eingerichtet worden. Von diesem Büro liefen die Fäden zu einem zweiten Büro das sich Berlin W. 35, Bülowstraße 80, mit der Telefonnummer Kollendorf 6862, in der Wohnung des Herrn v. Beaulieu befand. Eine Dame, die als Tochter des Herrn v. Beaulieu bezeichnet wird, wirkte in dem Büro als Sekretärin.

Der eigentliche Leiter des Büros jedoch war ein gewisser Ernst Knoll, wohnhaft in Oberschöneberg, Luisenstraße 28. Knoll arbeitete aber nicht unter seinem richtigen Namen, sondern nannte sich meist Dr. Kluge, später aus einem gewissen Einfluß auch Klaußing. Angestellt an diesem Büro war ein Kaufmann Fritz Kraus, Berlin-Friedenau, Kauterstraße 27, ferner der von der Ehrhardtstraße her bekannte Kapitänleutnant Kauter, Berlin-Schöneberg, Wogstraße 22. Es kamen dann später noch hinzu: der für die Rechtsparteien schriftstellerisch tätige Wolfgang Breithaupt, wohnhaft Schöneberg, Wogstraße 78, bei Fechner, längst bekannt geworden durch die Herausgabe eines Buches im Sinne der Reichshilfskämpfer, und der Journalist Werner Mühlberg, Berlin W. 57, Potsdamer Straße 88.

Sehr interessant ist ein Blick auf die Geldgeber, die dieses Büro finanzierten. Die namhaftesten Beträge für den Erwerb von Material und die Gehälter der Angestellten liefen zunächst über Herrn Bachmeister, den Berliner Vertreter der „Bergisch-Märkischen Zig.“, Berlin SW. 11, Großbeerenstraße 111. (Kollendorf 4087.) Später trat als Geldgeber auf der deutschnationalen Reichstagsabgeordneter Leopold, Direktionsmitglied des Mitteldeutschen Braunkohlenyndikats. Die von ihm ausgestellten Schecks liefen über das Bankhaus Paulbrück, Schilder u. Co. in der Wauerstraße.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht zum Beweise des Zusammenspiels der Rechtspresse zwei Briefe des Herrn „Dr. Kluge“. Ueber die Beziehungen zwischen Dr. Kluge-Knoll und dem Staatsanwaltschafts-Assessor Kutzmann wird folgendes berichtet:

Mit Kutzmann buzte er sich sogar und ging oft mit ihm zu Kneipereien, bei denen meist Kluge-Knoll die erhebliche Besche bezahlte. Auch Herr v. Beaulieu, der Inhaber des Büros, war mit Kutzmann befreundet. Er begleitete ihn noch im Juli auf der Herientour mit Herrn Kutzmanns berühmter Segeljacht „Schwalbe“, zu deren Anschaffung der von Haus aus vermögenslose Herr Assessor, in diesem Jahre plötzlich die Mittel hatte. Es handelt sich dabei nicht um ein kleines Fahrzeug, sondern um eine große segelnde Jacht, die über den größten Teil der Ostsee bis nach Wisby auf Gotland (Schweden) ging. Auf dieser Tour wurde Herr Dr. Kutzmann auch von dem Kriminalassistenten Gang begleitet. Auf der Rückreise ließen die Argonauten der „Schwalbe“ Danzig und Kolberg an, wobei ihnen jedesmal das Geld ausging. Durch Herrn Kluge-Knoll wurden ihnen jedesmal — und zwar an die Adresse des Herrn Kutzmann — Geldbeträge nachgeschickt und zwar aus Geldern, die Kluge vorher von Herrn Leopold hatte abholen lassen. Die genaue Aufwendung dieser Beträge nach Höhe, Postamt und Tag steht fest. Der eine Betrag ging vom Postamt W. 9 am 15. Juli 1925 an Kutzmann, Kolberg, an Bord der „Schwalbe“, der andere am 11. Juli 1925, Postamt W. 9 nach Danzig. Gegenüber seinen Angestellten äußerte sich Kluge-Knoll öfter dahin, er wolle ihnen das Gehalt nicht voll auszahlen, weil er zubielen an Kutzmann zahlen müßte.

Weiter wird ausgeführt, daß Assessor Kutzmann mit Knoll, Beaulieu und Breithaupt im Mai 1925 im Büro Bülowstraße 85 eine Besprechung hatte, und daß in dieser Besprechung die Veröffentlichung des Kammergerichtsbeschlusses verabredet wurde, dessen Abschrift Kutzmann für das Büro herstellen ließ. Als im April 1925 über Material aus den Deutschen Werken für dessen Erwerb Dr. Weiskopf, der Leiter der deutschnationalen Geschäftsstelle, 100 000 Mark versprochen hatte. Streitigkeiten entstanden und mit der Fortschaffung des Materials aus Breithaupts Wohnung gedroht wurde sicherte Kutzmann dem „Büro“ den Besitz, indem er durch eine vom „Vorwärts“ als „Scheinmandat“ bezeichnete Staatsanwaltschaftliche Verfügung vom 7. April 1925 das Material beschlagnahmte. Das sozialdemokratische Organ behauptet weiter, daß sowohl Herr Assessor Kutzmann wie einzelnen Angestellten des Büros vom Mitteldeutschen Braunkohlenyndikat Stellungen mit hohem Gehalt versprochen wurden für den Fall, daß ihnen etwas passieren würde.

Das „Berliner Tageblatt“ weist auf einen seltsamen Einbruch hin, der durch die Enthüllung der Skandalaffäre besonders interessant wird.

Im Zusammenhang mit den obigen Mitteilungen dürfte auch folgender Vorfall von Interesse sein: Anfang dieses Jahres hatte die Berliner „Börsezeitung“ die Behauptung aufgestellt, daß die Pressestelle der preussischen Staatsregierung von Barmat Gelder erhalten habe. Am 18. März fand Verhandlungstermin gegen das genannte Blatt an, das wegen verleumderischer Beleidigung verklagt war. Etwa 14 Tage vorher, an einem Sonntag, wurde in der Wohnung eines Beamten der dreifachen Pressestelle ein Einbruch verübt, dessen besonderer Charakter darin bestand, daß keinerlei Wertgegenstände, sondern lediglich Papiere und Briefschaften, offenbar auf politisch verwerfbares Material hin durchsucht wurden. Welches „Büro“ hat wohl diese Einbrecher beauftragt?

Salcedi-Polen, Professor an der Universität Warschau, für die Abteilung Universitäten, Mikikal-Ghile, Vorkämpferin der Normalhülle in Sanitago de Chile, für die Abteilung Literatur, Pressolina-Italien, Publizist für die Abteilung Information, Schulge-Gebirge-Deutschland, Professor an der Universität Freiburg, für die Abteilung Naturwissenschaften, die Billalanga, ehemaliger Vertreter der Gerichtspraxis im Internationalen Arbeitsamt, für die juristische Abteilung, Prof. Zimmer-England für die Abteilung Allgemeines. Zu Diensten wurden ernannt: Hoding-England für den Geschäftsbereich und Wonnier-Franzreich für den Verwaltungsbereich.

Die Internationale Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit.

Genf, 28. Juli. Die Internationale Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit, die am Dienstag vormittag als Verwaltungsrat des Internationalen Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit unter dem Vorsitz von Henri de Rouvenot tagte, beschloß einstimmig, zum Direktor des Instituts den Generalinspektor des öffentlichen Unterrichts Quatrepoint zu wählen. Darauf ernannte sie zu stellvertretenden Vorsitzenden folgende Persönlichkeiten: de Rouvenot, Quatrepoint, an der Spitze des Instituts in Brüssel, für die Abteilung Kunst.

Die französisch-englischen Interessen.

Paris, 28. Juli. „Coe Nouvelle“ schreibt, man hätte Unrecht, wenn man annehmen würde, daß das Foreign Office und der Quai d'Orsay sich im Augenblick einzig und allein damit beschäftigen, ihre Ansicht über das Sicherheitsproblem mit einander in Einklang zu bringen. Nicht nur in Europa hätte die englische und die französische Diplomatie ein Interesse, gemeinsam zu handeln, sondern überall in der weltlichen Welt, besonders im Hinblick auf das beängstigende asiatische Problem, vor das die beiden Länder gestellt seien. Wenn das Foreign Office hinsichtlich der europäischen Politik großmächtig sein wolle, könne es von Frankreich verlangen, daß es sich großmächtig hinsichtlich der asiatischen Politik zeige. Mit anderen Worten: Marianne könne John Bull einen Dienst in China erweisen, den John Bull am Rhein bzw. an der Weichsel zurückerhalten könne. Man müsse sich vor Augen halten, daß infolge des Krieges die Weltbeherrschung, was Europa betreffe, etwas ins Schwanken geraten sei. Deshalb müsse man, wenn man sie schon nicht zurückerobert, wenigstens die intellektuelle und wirtschaftliche Beherrschung, die man noch ausüben könne, aufrechterhalten. Bei dieser ersten Aufgabe, die die öffentliche Meinung in Europa zu verkennen scheint, sei die Hauptsache das weltumspannende System, das Großbritannien geschaffen habe und sich britisches Imperium nenne. Wenn man die Weltmacht England angreife, sich vielleicht über ihre Schwächung freue, dann würde man sich selbst verwunden, und man würde ein Uebel willkommen heißen, von dem man eines Tages selbst betroffen werden würde. Das europäische Interesse an der Weltpolitik sei dagegen. Aber auch an China, das nicht zum britischen Imperium gehört, habe Frankreich das gleiche Interesse wie England. Schon dieses Interesse würde eine französische Zusammenarbeit notwendig machen.

„Journal“ will wissen, daß Chamberlain vorerst auf die Einberufung einer Konferenz verzichtet habe, da von Paris aus starke Einwendungen hiergegen geltend gemacht wurden. Chamberlain sei auch der Ansicht, daß man nicht über die Bedingungen der rheinischen Besetzung verhandeln könne. Was die Aufrechterhaltung des „Sanktionsrechtes“ betreffe, so würden London und Paris anführen, daß hinsichtlich der Reparationsfrage das Londoner Abkommen ja einen Schiedspruch vorsehe. Jedoch brauchten etwaige Beschlüsse nicht Reparationsverpflichtungen zu sein, und es werde deshalb die Frage aufgeworfen, ob automatisch Sanktionen ergriffen werden sollen oder ob man eine unparteiische Entscheidung fällen müsse. Auf diesem Gebiet zeigten sich erste Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die Frage der evtl. Verletzung der entmilitarisierten Zone erstreckten. „Journal“ ist übrigens weniger optimistisch über die bereits zwischen Paris und London eingeleiteten Verhandlungen. Das Blatt erklärt, daß man alle Streitigkeiten über die Auslegung des Textes des Vertrages von Versailles aus der Vergangenheit jetzt wieder finde und es sei deshalb nicht überraschend, wenn auch in unterrichteten Kreisen bereits davon gesprochen werde, daß man juristische Sachverständige zu Rate ziehen müsse.

Zwischenfall an der tschechischen Grenze.

Hirschberg i. Schl., 28. Juli. Wie der „Vote“ aus dem Riesengebirge meldet, ist es am Sonntag früh auf dem Stamm des Riesengebirges am Fuße der Schneekoppe hart an der Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer auf einem Ausflug begriffenen Kompanie des Infanterieregiments 8 und einem größeren Trupp tschechischer Kommunisten gekommen. Die unbewaffnete Kompanie war schon am Abend vorher auf ungewissen reichdeutschem Boden von den tschechischen Kommunisten belästigt und provoziert worden. Als die Kompanie am Sonntag früh auf einem parallel mit der Grenze 20 Meter dießseits der Grenze verlaufenden Wege marschierte, wurde sie von den Tschechen mit schweren Steinen beworfen. Zur Abwehr des Angriffes stürzten sich einige Soldaten mit ihren Spazierstöcken auf den tschechischen Trupp und trieb ihn über die Grenze zurück. Dadurch sind auch, was unvermeidlich war, einige der Soldaten auf einen Augenblick wenige Schritte über die Grenze gekommen. Einige bei dem Zusammenstoß leicht verletzte Tschechen konnten, nachdem sie verbunden waren, die Wanderung fortsetzen.

Arbeitsprogramm der amerikanischen Schuldensundierungskommission.

Paris, 28. Juli. Nach einer Meldung der „Information“ aus Washington wird die amerikanische Schuldensundierungskommission am 6. August eine Sitzung abhalten und sofort mit der belgischen Kommission die Prüfung der belgischen Schuldeneinzelung beginnen, woran sich die der italienischen und der tschechischen Schuldensundierung schließen soll.